

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

33. Jahrgang

Berlin, den 1. April 1966

A 22127 C

Nummer 13

Steueraufkommen und Bundeshaushalt 1966

Die Entwicklung der Steuereinnahmen 1965/66

Die Entwicklung der Steuereinnahmen war — gemessen an den Sollansätzen der einzelnen Haushaltspläne — im Jahr 1965 sehr unterschiedlich: Für den Bundeshaushalt wurden die Erwartungen weit übertroffen (nahezu 1 Mrd. DM mehr Einnahmen an Steuern), bei den Ländern und Gemeinden die Etatansätze jedoch nicht erreicht. Die Steuerausfälle sind überwiegend auf die Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 1964 zurückzuführen, aber auch das zweite Vermögensbildungsgesetz hat das Lohnsteueraufkommen nicht unerheblich beeinträchtigt. Die Mehreinnahmen beruhen auf der überaus kräftigen Umsatz- und Einfuhrentwicklung.

Von den Tarifsenkungen wurde das Lohnsteueraufkommen am empfindlichsten berührt. Trotz stark steigender Bruttolöhne und -gehälter (11 vH) hat das Aufkommen der Lohnsteuer nur um 4 vH zugenommen. Bei unveränderten Steuersätzen wäre das Lohnsteueraufkommen, das von Februar 1965 bis Januar 1966 auf die Bruttolohn- und -gehaltssumme des Kalenderjahres 1965 zu entrichten gewesen wäre, anstatt um rund 0,2 Mrd. DM um 3,2 Mrd. DM gestiegen. Das effektive Aufkommen des Kalenderjahres 1965 hätte sich anstatt um 0,6 Mrd. DM um 3,6 Mrd. DM erhöht.

Die stärksten Ausfälle ergaben sich im Bereich eines jährlichen Einkommens zwischen 7200 und 16 000 DM. Mehr als die Hälfte des gesamten Ausfalls kam diesen Lohnsteuerpflichtigen zugute. Die Durchschnittsbelastung aller Lohn- und Gehaltseinkommen belief sich aufgrund des Einkommensteueränderungsgesetzes 1964 auf 8,0 vH, anstatt 9,2 vH, die sich ohne die Rechtsänderung ergeben hätte. Hinzu kamen noch die Steuerausfälle durch das zweite Vermögensbildungsgesetz und aufgrund einiger kleinerer Vergünstigungen (insgesamt 0,5 Mrd. DM), so daß die effektive Belastung von Löhnen, Gehältern und Pensionen durch Lohnsteuer — wie zuletzt 1962 — 7,8 vH betrug. 1959, nach der letzten großen Steuersenkung, hatte diese Steuerquote einen Ausgangswert von 5,4 vH. Seitdem ist sie kontinuierlich gestiegen und hat sich mit einer

jährlichen Steigerung von 19 vH (Jahresdurchschnitt) als eine der am stärksten expandierenden Steuern erwiesen. Eine Korrektur, ob in Form einer Tarifsenkung, eines Arbeitnehmerfreibetrages oder auch des zweiten Vermögensbildungsgesetzes, war durchaus angebracht. Lediglich der Zeitpunkt der Korrektur war — konjunkturpolitisch gesehen — unglücklich gewählt.

Bei den übrigen Einkommensteuern war 1965 der Einnahmezuwachs ebenfalls gering. Allerdings lag dies bei der veranlagten Einkommensteuer kaum an der Tarifsenkung. Wichtiger, und vor allem auch für die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer geltend, ist der große zeitliche Abstand zwischen der Entstehung und der Besteuerung der Einkünfte: 1965 wurden im wesentlichen die Einkünfte von 1963 besteuert, einem Jahr mit schwacher Gewinnentwicklung. Die Eingänge an Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer blieben das ganze Jahr hindurch schwach. Dagegen stieg das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer in der zweiten Jahreshälfte rasch an (drittes Quartal: 7,9 vH; viertes

Schätzung des Lohnsteuermehraufkommens ¹⁾ für 1965 ²⁾ bei bisherigem Rechtsstand ³⁾

	Zunahme d. Bruttolöhne u. -gehälter 1965/64	Durchschnittl. Steuer- bzw. Grenzsteuersatz	Lohnsteuermehraufkommen
	Mrd. DM	vH	Mrd. DM
Lohn- und Gehaltszahlungen an 325 000 Mehrbeschäftigte	2,9	8,6	0,25
Individuelle Lohn- und Gehaltserhöhungen	18,3	16,1	2,95
davon unbesteuer	4,0	—	—
mit proportionalem Steuersatz besteuert	12,0	20,0	2,40
mit progressivem Steuersatz besteuert	2,3	23,9	0,55
Gesamte Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter	21,2	15,1	3,20

¹⁾ Einschließl. Beamtenpensionen. — ²⁾ Lohnsteuermehraufkommen Februar 1965 bis Januar 1966. — ³⁾ Einkommensteuergesetz 1958.

Lohnsteuerausfall im Jahre 1965

Februar 1965 bis Januar 1966

Jährliche Bruttolöhne und -gehälter ¹⁾	Lohnsteuerpflichtige	Bruttolöhne u. -gehälter ¹⁾	Lohnsteueraufkommen ¹⁾				Steuerausfall		
			nach bisherigem Rechtsstand		Einkommensteueränderungsgesetz 1964		aufgrund von		gesamt
			Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Steueränder.-Gesetz 1964	andere gesetzl. Maßnahm. ²⁾	
Verheiratete									
unter 2 400	15	25	0	.	—	—	—	—	—
2 400 — 4 800	705	2 870	45	1,6	30	1,0	17	4	21
4 800 — 7 200	2 300	14 130	595	4,2	500	3,5	94	28	122
7 200 — 9 600	3 440	29 170	1 665	5,7	1 465	5,0	196	60	256
9 600 — 16 000	5 360	64 370	5 535	8,6	5 045	7,8	494	147	641
16 000 — 25 000	1 155	22 260	2 695	12,1	2 365	10,6	328	77	405
25 000 und mehr	325	13 025	2 655	20,4	2 295	17,6	361	29	390
gesamt	13 300	145 850	13 190	9,0	11 700	8,0	1 490	345	1 835
Ledige									
unter 2 400	940	1 400	5	0,4	—	—	4	—	4
2 400 — 4 800	1 675	6 500	290	4,5	170	2,6	121	9	130
4 800 — 7 200	2 595	15 780	1 245	7,9	1 080	6,8	169	31	200
7 200 — 9 000	2 630	22 055	2 010	9,1	1 705	7,7	303	52	355
9 600 — 16 000	1 505	17 845	2 180	12,2	1 845	10,3	335	45	380
16 000 — 25 000	210	3 965	630	15,9	560	14,1	67	16	83
25 000 und mehr	20	605	150	24,8	140	23,1	11	2	13
gesamt	9 575	68 150	6 510	9,6	5 500	8,1	1 010	155	1 165
Lohnsteuerpflichtige, insgesamt	22 875	214 000	19 700	9,2	17 200	8,0	2 500	500	3 000

¹⁾ Einschließlich Beamtenpensionen. — ²⁾ Insbesondere Steuerausfall aufgrund des 2. Vermögensbildungsgesetzes.

Quartal: 12,1 vH) In dieser Steuer schlugen sich bereits Ergebnisse der Veranlagung für das gute Gewinnjahr 1964 nieder, weil die hier mit erheblichem Gewicht vertretenen kleinen und mittleren Betriebe ihre Steuererklärungen frühzeitiger einzureichen pflegen.

Die der Umsatzentwicklung folgenden Steuern (seien es allgemeine oder spezifische Verbrauchsteuern) haben der Finanzkasse durchweg sehr hohe und in der Regel höhere Erträge als erwartet zugeführt. Allein schon die Umsatzsteuer hat gegenüber dem Haushaltsansatz ein Mehraufkommen von 400 Mill. DM erbracht. Die „Einfuhrumsatzsteuern“ — Umsatzausgleichsteuer und Zölle — übertrafen die Ansätze noch stärker: um mehr als eine halbe Milliarde DM.

Bei den sonstigen Steuern haben sich Unter- und Überschreitungen in relativ engen Grenzen gehalten, keineswegs jedoch zu gravierenden Ausfällen geführt. Faßt man die — extrem unterschiedliche — Entwicklung der einzelnen Steuern zusammen, so sind die amtlichen Vorausschätzungen vom Januar 1965 um über eine halbe Milliarde überschritten worden, ihre Korrektur im April hat sich jedoch als annähernd zutreffend erwiesen. Profitiert hat von der günstigeren Entwicklung jedoch nur — wie bereits angedeutet — die Bundeskasse. Die Länder haben, insbesondere wegen der Ausfälle bei der Einkommensteuer, Einbußen hinnehmen müssen; am stärksten wurde durch Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer jedoch die schon seit längerem angespannte und stärker als die des Bundes und der Länder verschuldete Finanzwirtschaft der Gemeinden betroffen.

Für das Haushaltsjahr 1966 haben sich nun jedoch die Voraussetzungen gründlich geändert: Die Zuwachsrate des nominalen Brutto sozialprodukts wird die des vergangenen Jahres aller Voraussicht nach nicht erreichen, die umsatzabhängigen Steuern im weiteren Sinne (also auch die speziellen Verbrauchsteuern) werden daher insgesamt weniger stark als

im Vorjahr (1965: 10 vH; 1966: 8 vH) expandieren. Die Auswirkung des Steueränderungsgesetzes auf die Lohnsteuer wird im Jahresvergleich nun nur noch unbedeutend sein (u. a. wegen geringerer Besteuerung der Beamtenpensionen). Schwierig ist — wie stets — die Vorausschätzung der Gewinnsteuern: Mit Sicherheit werden die das gute Gewinnjahr 1964 betreffenden Veranlagungen im Jahre 1966 zu erheblichen Nachzahlungen und Erhöhungen der Vorauszahlungen führen. Allerdings ist der in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelte Gewinn keineswegs mit dem steuerlichen Einkommen identisch. Hier ist also von vornherein eine größere Marge bei der Treffsicherheit der Schätzung einzusetzen.

Im einzelnen ist davon auszugehen, daß sich die progressive Tarifstruktur der Einkommensteuern im Jahre 1966 wieder stärker durchsetzt. Alle Lohn- und Gewinnsteuern werden daher überdurchschnittlich zunehmen, wobei das Aufkommen aus der Lohnsteuer (+ 13,5 vH) die relativ stärkste Zunahme erfahren dürfte, aber auch die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer werden mindestens eine Zuwachsrate von 10 vH erreichen. Nach Klärung und steuerlicher Abwicklung der Grundsatzentscheidung über die Behandlung von Zweigstellen werden auch die Veranlagungsergebnisse der Gewerbesteuer wieder den anderen Gewinnsteuern folgen.

Die Tarifierhöhungen des Branntweinmonopols sowie der Schaumweinsteuer werden insgesamt nicht wesentlich zu den Mehreinnahmen beitragen. Die Erträge aus der Vermögensteuer werden in diesem Jahr kaum steigen, da sich die aus der Hauptveranlagung zum 1. Januar 1966 zu erwartenden Nachzahlungen sowie die Anpassung der Steuer-schuld an das gestiegene Vermögen erst 1967 in den Kasseneingängen niederschlagen werden.

Alles in allem ist mit einer im Vergleich zum Vorjahr umgekehrten Entwicklung zu rechnen: Einkommen- und Gewinnsteuern werden überdurch-

schnittlich und auch stärker als im Jahre 1965 zunehmen, Umsatz- und Verkehrsteuern dagegen bei geringerer Sozialproduktentwicklung entsprechend zurückbleiben. Damit wird sich, was die Finanzlage der Gebietskörperschaften betrifft, wieder ein Ausgleich anbahnen. Die Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden werden stärker als die des Bundes zunehmen. Die finanzielle Abwicklung der Haushaltspläne wird insgesamt geringere Schwierigkeiten als im Vorjahr bereiten, da nicht nur im Bundeshaushalt, sondern mehr noch in den Haushalten der Länder und Gemeinden die Soll-Ansätze erheblich, um insgesamt rd. 1,5 Mrd. DM, übertriffen werden dürften.

Der Bundeshaushalt

Der Regierungsentwurf, der gegenwärtig im Parlament beraten wird, bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit einer Summe von 69,15 Mrd. DM.

Wie schon bisher, werden auch 1966 einige durchlaufende Posten der Ist-Rechnung nicht in den Voranschlag aufgenommen, obwohl sie für die Wirkungen des Bundeshaushaltes auf die Gesamtwirtschaft durchaus von Bedeutung sind. Es handelt sich vor

allem um die Umsatzausgleichsteuer und Zölle auf Waffeneinfuhren, die in der jeweiligen Höhe dem Verteidigungsetat zugeschlagen werden müssen, sowie um die Beiträge und Kosten für NATO-Projekte, die zum Teil Nachfrage nach heimischer Bauleistung darstellen. 1964 wurden für alle diese Transaktionen 1,2 Mrd. DM eingenommen und 1,1 Mrd. DM ausgegeben; 1965 ist aufgrund der Finanzstatistik für die ersten drei Vierteljahre der Betrag in beiden Richtungen um je 100 Mill. DM höher einzusetzen. Auch für 1966 ist mit einer leichten Steigerung dieses Ergänzungspostens zu rechnen.

Bei den regulären, vermögensunwirksamen Einnahmen sind, wie schon 1964 und 1965, die Ansätze vorsichtig bemessen worden. Die Steuereingänge werden um rd. 0,6 Mrd. DM höher liegen. Aber auch die Einnahmen aus Wirtschaftsunternehmen, aus dem Münzwesen und der Vielzahl von Verwaltungsdiensten müßten den Voranschlag um rd. eine halbe Milliarde DM übersteigen. Der Anleihebedarf von 1,4 Mrd. DM wird also erheblich gesenkt werden können: Blicke es bei einem Ausgabevolumen von 69,15 Mrd. DM (zuzüglich der 1,3 Mrd. DM „durchlaufenden“ Verteidigungsaufwandes), brauchten

Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens in der BRD 1)
1964 bis 1966

	Steueraufkommen in Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
	1964	1965	1966	1964	1965	1966
Lohnsteuer	16 092	16 738	19 000	16,2	4,0	13,5
Veranlagte Einkommensteuer	14 101	14 798	16 500	4,8	4,9	11,5
Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag	1 252	1 351	1 500	10,0	7,9	11,1
Körperschaftsteuer	8 018	8 170	9 100	4,3	1,9	11,4
Einkommen- u. Körperschaftsteuer, gesamt . .	39 463	41 057	46 100	9,3	4,0	12,3
Umsatzsteuer	19 655	21 568	23 200	9,1	9,7	7,6
Umsatzausgleichsteuer 2)	2 008	2 362	2 550	9,6	17,6	8,0
Beförderungssteuer	918	884	925	4,4	-3,7	4,6
Zölle 2)	2 618	2 531	2 700	21,8	-3,3	6,7
Tabaksteuer	4 416	4 697	4 925	2,4	6,4	4,9
Kaffeesteuer	921	954	1 000	5,5	3,6	4,8
Branntweinmonopol	1 441	1 508	1 850	7,9	4,6	22,7
Mineralölsteuer 3)	6 071	7 428	8 150	46,7	22,4	9,7
Sonstige Verbrauchsteuern 4)	475	428	510	2,6	-9,9	19,2
Bundessteuern, gesamt 2)	38 523	42 360	45 810	9,4	10,0	8,1
Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	15 391	16 012	17 980	12,1	4,0	12,3
Steuereinnahmen d. Bundes, gesamt 2) . .	53 914	58 372	63 790	10,2	8,3	9,3
Vermögensteuer	1 931	1 880	1 900	15,4	-2,6	1,1
Kraftfahrzeugsteuer	2 372	2 624	2 875	11,2	10,6	9,6
Biersteuer	955	979	1 050	8,9	2,5	7,3
Sonstige Ländersteuern 5)	1 617	1 839	1 950	10,5	13,7	6,0
Ländersteuern, gesamt	6 875	7 322	7 775	11,8	6,5	6,2
Länderanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	24 072	25 045	28 120	7,5	4,0	12,3
Steuereinnahmen d. Länder, gesamt . . .	30 947	32 367	35 895	8,4	4,6	10,9
Grundsteuer	1 995	2 110	2 225	2,3	5,8	5,5
Gewerbesteuer 6)	9 952	10 283	11 250	7,3	3,3	9,4
Sonstige Gemeindesteuern 7)	621	706	775	0,9	13,7	9,8
Gemeindesteuern, gesamt	12 568	13 099	14 250	6,7	4,2	8,8
Sonderabgaben, gesamt 8)	1 959	1 660	1 650	7,2	-15,2	-0,6
Steuereinnahmen, insgesamt	99 388	105 493	115 585	9,1	6,1	9,6
Bruttosozialprodukt in Mrd. DM	413,8	448,6	482,0	9,6	8,4	7,4
Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts	24,0	23,5	24,0	.	.	.

1) Einschließl. Berlin (W). — 2) Ohne Bucheinahmen aus der Einfuhr von Rüstungsgütern. — 3) Einschließl. Heizölsteuer. — 4) Notopfer Berlin, Zuckersteuer, Salzsteuer, Teesteuer, Schaumweinsteuer, Essigsäuresteuer, Zündwarensteuer u. -monopol, Leuchtmittelsteuer, Spielkartensteuer, Süßstoffsteuer. — 5) Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Versicherungssteuer, Rennwett- u. Lotteriesteuer, Wechselsteuer, Feuerchutzsteuer. — 6) Einschl. Lohnsummensteuer. — 7) Vergnügungssteuer, Zuschlag z. Grunderwerbsteuer, Getränkesteuer u. a. — 8) Vermögens-, Hypothekengewinn- und Kreditgewinnabgabe.

Die Haushaltseinnahmen und -ausgaben¹⁾ des Bundes nach Sachgebieten
in Mrd. DM

	1964		1965				1966	
	Soll	Ist	Soll	1.-3. Vj.	4. Vj.	Jahr	Soll ⁹⁾	„Ist“
				Ist	„Ist“			
Einnahmen								
1) Steuern	53,24	53,92	57,43	42,49	15,88	58,37	63,15	63,8
2) Wirtschaftsunternehmen und Münzwesen	0,88	0,83	0,51	7) 0,99	7) 0,15	7) 1,14	0,43	0,7
3) Verwaltungs- und andere Einnahmen	2,22	2,56	2,40	1,80	0,77	2,57	2,54	2,7
4) Anleihen	2,25	1,65	2,02	0,99	0,41	1,40	1,37	0,9
5) Lastenausgleichsabgaben	1,74	1,96	1,58	1,27	0,39	1,66	1,66	1,7
6) Durchlfd. Einnahmen i. Verteidigungsetat ²⁾	—	1,19	—	0,93	0,32	1,25	—	1,3
Einnahmen, insgesamt	60,33	62,11	63,94	48,47	17,92	66,39	69,15	71,1
Ausgaben								
1) Verteidigung ³⁾	20,50	18,33	19,45	⁹⁾ 12,68	6,37	⁹⁾ 19,05	18,61	19,0
2) Sozialleistungen ⁴⁾	15,12	15,07	17,29	14,01	3,49	17,50	17,79	18,2
3) Bundeshilfe für Berlin	1,92	1,91	2,02	1,51	0,54	2,05	2,21	2,2
4) Subventionen und Vorratshaltung	1,21	1,15	1,18	0,87	0,22	1,09	1,16	1,0
5) Wohnungsbau und Siedlung	1,30	1,70	1,56	1,33	0,20	1,53	1,73	1,7
6) Bundesfernstraßen	2,75	2,75	3,22	1,97	1,23	3,20	3,40	3,4
7) Bundesbahn	1,34	1,43	1,33	1,96	0,74	2,70	2,53	2,7
8) „Grüner Plan“	2,46	2,35	⁸⁾ 3,29	⁸⁾ 1,61	⁸⁾ 1,25	⁸⁾ 2,86	⁸⁾ 3,12	⁸⁾ 3,0
9) Zinsendienst	1,10	1,08	1,20	0,92	0,31	1,23	1,38	1,4
10) Tilgung, Ankauf v. Schuldverschreibg.	1,19	1,50	1,10	0,56	0,41	0,97	1,47	1,6
11) Ersatzleistungen und Entschädigungen	2,04	1,77	1,86	1,71	0,15	1,86	1,54	1,5
12) Entwicklungshilfe	0,67	0,71	0,76	0,68	0,15	0,83	1,58	1,6
13) Sparprämien gesetz	0,21	0,20	0,29	0,29	0,14	0,43	0,55	0,6
14) Versorgungsbezüge	2,64	2,78	2,71	2,29	0,81	3,10	3,35	3,4
15) Sonstige Ausgaben ⁵⁾	5,88	5,84	6,59	4,09	1,75	5,84	6,84	6,8
16) Minderausgaben	—2,25	—	—1,49	—	—	—	—	—
17) Deckung von Vorjahrsfehlbeträgen	0,51	—	—	—	—	—	0,23	—
18) Abführungen an den Lastenausgleichsfonds	1,74	1,96	1,58	1,25	0,41	1,66	1,66	1,7
19) Durchlfd. Ausgaben im Verteidigungsetat ²⁾	—	1,10	—	0,89	0,32	1,21	—	1,3
Ausgaben, insgesamt	60,33	62,14	63,94	48,62	18,49	67,11	69,15	71,1
Einnahme-Mehr (+); Ausgabe-Mehr (—)	—	—0,03	—	—0,15	—0,57	—0,72	—	—

¹⁾ Abgrenzung vgl. „Die Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes nach Sachgebieten“, Anlage 1c des Finanzberichts 1965, einschließlich der durchlaufenden Mittel des Lastenausgleichsfonds und des Verteidigungsetats. — ²⁾ Sondereinnahmen bzw. -ausgaben aus Einfuhrabgaben und für gemeinsame Natovorhaben. — ³⁾ Einschließlich zivile Notstandsplanung, Bevölkerungs- und Luftschutz. — ⁴⁾ Ohne Versorgung nach Gesetz zu Art. 131 GG. — ⁵⁾ Wirtschaftliche Unternehmen, Bundesfinanz- und -bauverwaltung, Bundeswasser- und Schiffsverkehrsverwaltung, allgem. wissenschaftliche Forschung und sonstige nicht näher bezeichnete Ausgaben. — ⁶⁾ Regierungsentwurf. — ⁷⁾ Einschließlich 434 Mill. DM Dividende und Erlös aus der Teilprivatisierung der Veba-Werke. — ⁸⁾ Einschließlich zusätzliche Anpassungshilfen für die Landwirtschaft. — ⁹⁾ Vermindert um 250 Mill. DM Erstattungen aus dem Verteidigungshaushalt.

lediglich 0,3 Mrd. DM der vorgesehenen Anleihermächtigung beansprucht zu werden.

Zwar wird der Etat vom Bundestag wahrscheinlich in der von der Regierung vorgeschlagenen Größenordnung verabschiedet werden. Erhöhungen einzelner Posten wie der Wissenschaftsförderung und der Sozialleistungen für Bergarbeiter dürften also durch Verminderung an anderer Stelle ausgeglichen werden, doch gilt dies wohl nicht für neue Anforderungen im Laufe des Jahres. Vor allem ist das Ausmaß der deutschen finanziellen Reaktion auf die amerikanische Beanspruchung in Vietnam und auf die neue Lage in der westeuropäischen Allianz noch unbekannt. Zusammen mit anderen Imponderabilien brauchte daher eine Überziehung der „magischen“ Grenze um eine halbe Milliarde DM auf 69,8 Mrd. DM nicht zu überraschen. Gemessen an den Etatüberschreitungen 1965 von 2 Mrd. DM wäre dies wenig. Auch die Soll-Ist-Differenz von 1964 (0,7 Mrd. DM) würde noch unterschritten werden, womit sich die Ist-Ausgaben im Rahmen der unvermeidlichen Spannungen zwischen Fixierung und Flexibilität, zwischen Zielsetzungen und Möglichkeiten bewegen würden. 1965 hat die Etat-Politik diesen Rahmen verlassen — dazu noch in der falschen Richtung. 1966 gäbe es gegen eine Etat-Überschreitung jedoch keine konjunkturpolitischen Bedenken. Bei Ist-Ausgaben von insgesamt 71,1 Mrd. DM, also einer Milliarde mehr als

jetzt vorgesehen, würde das Vorjahrsniveau von 67,1 Mrd. DM erst um 6 vH überschritten werden. Reduziert um die Ausgaben für Tilgung und für die Deckung des Vorjahrsfehlbetrages beliefe sich die nachfragewirksame Zuwachsrate der Bundesausgaben sogar nur auf 5 vH.

Bei der starken kontraktiven Tendenz in der binnenwirtschaftlichen Entwicklung liegt diese Ausgabenzunahme an der Untergrenze des gesamtwirtschaftlich Vertretbaren; bei den öffentlichen Investitionen wäre eine Verstärkung in vielen Fällen dringend nötig und konjunkturpolitisch nur zu wünschen. Für eine antizyklische Ausgabenpolitik des Bundes fehlt zunächst jedoch zumindest die Finanzierungsgrundlage. Zwar würde die von der Regierung gewünschte Anleihebewilligung bei Gesamtausgaben von 71,1 Mrd. DM nicht ausgeschöpft werden, stünden also rechnerisch zur Deckung weiterer Verpflichtungen noch Mittel zur Verfügung; doch ist es zunächst zweifelhaft, ob 1966 Anleihen von 1,4 Mrd. DM unterzubringen sind, ohne die Finanzierungsmöglichkeiten anderer Gebietskörperschaften zu beschränken. Solange die Bundesbank entschlossen scheint, den Zielkonflikt der Geldpolitik zwischen Wachstum und Geldwertstabilisierung zuungunsten der wirtschaftlichen Entwicklung zu entscheiden, bleibt dem Bund für ein expansiveres Verhalten wenig Raum.

Bruttolöhne und -gehälter in der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1965

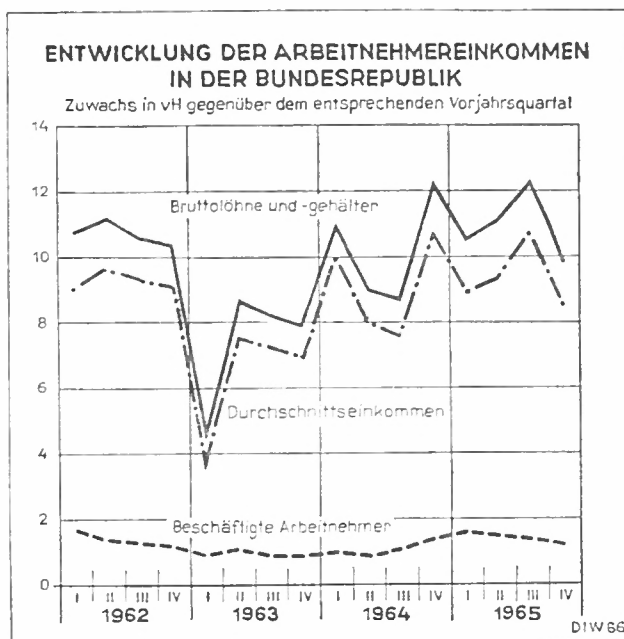
Die Expansion der Arbeitnehmereinkommen hat nunmehr ihren Höhepunkt innerhalb der gegenwärtigen Konjunkturperiode überschritten: Die seit Anfang 1964 sehr lebhaften Lohnsteigerungen waren zwar auch im vierten Quartal bei einer Zuwachsrate von 9,8 vH noch beträchtlich. Dennoch scheint jetzt eine Phase gemäßiger Lohnentwicklung zu beginnen, da es sich bei den Abschwächungstendenzen keineswegs um kurzfristige Schwankungen im Lohnauftrieb handelt. Dafür sprechen mehrere Gründe: Die lange Zeit überaus dringliche Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere beim produzierenden Gewerbe, hat von Monat zu Monat erheblich nachgelassen. Damit hat sich auch der Lohnzuwachs, vor allem in der Industrie, erheblich abgeschwächt. Auch die Tariflöhne und -gehälter sind insgesamt schwächer als im Vorquartal gestiegen. Wenn sich der rechnerische Abstand zwischen tariflichem und effektivem Wachstum dennoch nicht erheblich verkleinert hat, so ist dies darauf zurückzuführen, daß nicht alle tariflichen Erhöhungen (insbesondere jährliche Sonderzahlungen) in der amtlichen Tarifstatistik berücksichtigt werden (effektive Einkommenszunahme im vierten Quartal je Beschäftigten: 8,5 vH; Tarifentwicklung der Wochenlöhne bzw. Monatsgehälter im Oktober: Arbeiter + 6,3 vH, Angestellte + 6,1 vH¹⁾). Als Folge der neuerdings im allgemeinen niedrigeren tariflichen Erhöhungen wird der Index der Löhne und Gehälter auf jeden Fall schwächer als bisher steigen. Schließlich spricht das bisher weit überdurchschnittliche Wachstum der Arbeitnehmereinkommen im Vergleich zum Sozialprodukt (7,5 vH) und zu den bereits seit längerem stagnierenden Einkommen aus Unternehmertätigkeit gegen eine Fortsetzung des bisherigen Lohnauftriebs.

Die Summe der Bruttolöhne und -gehälter hat im vierten Quartal 1965 um 4,9 Mrd. DM auf 54,6 Mrd. DM, im gesamten Jahr 1965 um 21,1 auf 203,7 Mrd. DM zugenommen. Bei immer noch erheblicher Differenzierung im Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme waren jedoch die Unterschiede sowohl in der Beschäftigten- als auch in der Einkommensentwicklung je Beschäftigten am Ende des Jahres geringer als in den vorangegangenen Quartalen.

Beschäftigung

Nach eigenen Schätzungen stieg die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr um rund 260 000. Im Vergleich zu der noch am Anfang des Jahres 1965 erreichten Zahl an Mehrbeschäftigten (im ersten Quartal weit über 300 000) hat sich somit bereits eine beträchtliche Abschwächung der über längere Zeit so außerordentlich günstigen Beschäftigungsexpansion eingestellt. Bei immer spärlicher werdenden inländischen Reserven ist die Bedeutung der zusätzlich beschäftigten Gastarbeiter zwar nochmals größer geworden, der absolute Zugang an ausländischen Arbeitnehmern hat sich dennoch deutlich vermindert

¹⁾ Nach dem Ausweis der Bundesbank nahm das tarifliche Lohn- und Gehaltsniveau auf Wochenbasis im vierten Quartal 1965 gegenüber dem Vorjahr um 6 vH zu.



(Ende September 1965 im Jahresvergleich + 231 000; Ende Dezember 1965 + 185 000).

Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und -zweigen weist nunmehr geringere Unterschiede auf als in den vorangegangenen Quartalen und scheint auf eine weitere Anpassung zu tendieren. Insbesondere hat sich in den Bereichen, die bisher überdurchschnittlich viel Arbeitskräfte aufgenommen haben, die Beschäftigungsexpansion ganz erheblich abgeschwächt, während sich in Bereichen mit schon seit längerem geringerer Beschäftigungszunahme oder gar rückläufigem Beschäftigtenstand der bisherige Trend im großen und ganzen unverändert fortgesetzt hat. Die Veränderungen haben sich daher im produzierenden Gewerbe am stärksten bemerkbar gemacht, während im tertiären Sektor eine weiterhin recht stete Entwicklung zu beobachten war.

In der Industrie ist die merklich nachlassende Beschäftigungsexpansion ohne Zweifel auf eine abgeschwächte Nachfrage zurückzuführen. Wenn auch in der Investitionsgüterindustrie gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrsstand eine immer noch recht hohe Zuwachsrate (2,6 vH) festzustellen war, so hat sich doch gerade hier die noch am Anfang des Jahres außerordentlich starke Beschäftigungszunahme besonders auffällig verlangsamt. Auch in den konjunkturell oder strukturell begünstigten Zweigen, wie in der kunststoffverarbeitenden Industrie (Ende Dezember 1965 + 7,3 vH), der papier- und pappeverarbeitenden Industrie (+ 5,1 vH) und der Bekleidungsindustrie (+ 3,7 vH), hat die Beschäftigungsexpansion nachgelassen.

In der Bauwirtschaft, die aus nachfragebedingten Gründen schon seit längerem kaum noch zusätzlich Beschäftigte (im geringen Umfang nur im Ausbaugewerbe) eingestellt hat, wurde der Beschäftigtenstand des Vorjahres ebenfalls nur unwesentlich überschritten. Nicht viel anders war die Beschäf-

Zunahme von Beschäftigung, Bruttolöhnen und -gehältern und Durchschnittseinkommen
in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1963	1964	1965	1963				1964				1965			
				I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Beschäftigung	0,9	1,1	1,4	0,9	1,1	0,9	0,9	1,0	0,9	1,1	1,4	1,6	1,5	1,4	1,2
Bruttolöhne u. -gehälter	7,4	10,2	10,9	4,5	8,7	8,2	7,9	11,0	9,0	8,7	12,3	10,5	11,1	12,3	9,8
Durchschnittseinkommen	6,4	9,1	9,4	3,6	7,5	7,2	6,9	10,0	8,0	7,6	10,8	8,9	9,4	10,8	8,5

tigtenlage im produzierenden Handwerk. Im Handel, Verkehr und den Dienstleistungsbereichen hat sich der stetige Verlauf der Beschäftigungsexpansion nur wenig geändert. Dies hat dazu geführt, daß sich im vierten Quartal 1965 die Zahl der im Dienstleistungsbereich beschäftigten Arbeitnehmer — besonders im öffentlichen Dienst (+ 2,4 vH) — relativ am stärksten erhöht hat.

Durchschnittseinkommen

Das durchschnittliche Tempo der effektiven Einkommenssteigerungen je Beschäftigten (+ 8,5 vH) hat sich im Vergleich zum Vorquartal, dessen Entwicklung durch Zahlung von Urlaubsgeld überhöht war, erheblich ermäßigt. Es lag aber auch deutlich unter den im ersten Halbjahr 1965 erreichten Zuwachsraten. Zwischen den einzelnen Bereichen verlief die Einkommensentwicklung weniger differenziert als bisher: Der Lohnauftrieb der an der Spitze rangierenden Bereiche hat sich am stärksten verlangsamt, während Bereiche mit bisher mittleren Steigerungsraten ihr Wachstum vielfach nahezu unverändert aufrechterhalten haben. Vor allem in der Industrie nahmen die Löhne und Gehälter nur recht schwach zu, so daß gegenwärtig, im Rahmen der zusammengefaßten Hauptbereiche, die Lohnexpansion im produzierenden Gewerbe an die letzte Stelle gerückt ist. Bei einer Halbierung der Wachstumsrate war die Abschwächung in der Investitionsgüterindustrie (drittes Quartal + 14,6 vH; viertes Quartal + 7,6 vH) am stärksten, aber auch in fast allen anderen Industriebereichen ist der Lohnauftrieb merklich geringer geworden.

Außerhalb der Industrie war besonders die Lohnentwicklung für die Arbeiter in der Bauwirtschaft (+ 3,2 vH) schwach. Neben den retardierenden Einflüssen seitens der Nachfrage waren hier aber auch wieder witterungsbedingte Arbeitsausfälle (die nur zum Teil durch die Zahlung des Schlechtwettergeldes ausgeglichen worden sind) durch einen frühen Kälteeinbruch zu verzeichnen. Neben den Arbeitnehmern im Baugewerbe blieben auch die Arbeiter und Angestellten der Grundstoff- und der Investitionsgüterindustrie erheblich hinter dem Gesamtdurchschnitt zurück.

Überraschenderweise waren die Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst (+ 11,9 vH),

die schon im Vorquartal ein starkes Wachstum aufzuweisen hatten, im Vergleich zu allen anderen Bereichen am höchsten. Wenn auch die tariflichen Maßnahmen (neben einer allgemeinen Erhöhung der Grundgehälter eine Verbesserung der Lehrerbeseoldung sowie erhöhtes Kindergeld und Ortszuschläge) den größten Teil des Einkommensanstiegs ausmachen, hat sich hier doch die Schere zwischen tariflicher und effektiver Entwicklung weiter geöffnet.

Die Unterschiede im Wachstumstempo der verschiedenen Arbeitnehmergruppen, die in den vorangegangenen drei Quartalen nur gering waren, sind nunmehr wieder größer geworden. Die Verdienststeigerungen weiblicher Arbeitnehmer (+ 9,4 vH) lagen im Berichtsquartal erheblich über denen der männlichen Beschäftigten (+ 8,2 vH). Im Gegensatz zum bisher beobachteten längerfristigen Trend stiegen diesmal die Gehälter der Angestellten und Beamten (+ 9,6 vH) wesentlich stärker als die Löhne der Arbeiter (+ 7,5 vH). Insgesamt hat das durchschnittliche Monatseinkommen aller Arbeitnehmer (einschließlich Lehrlinge) von 765 DM im vierten Quartal 1964 auf 830 DM im vierten Quartal 1965 zugenommen.

Ausblick

Nach bisher vorliegenden Ergebnissen hat sich das konjunkturelle Wachstum der Arbeitnehmereinkommen auch Anfang des Jahres 1966 merklich weiter verlangsamt. Es ist recht unwahrscheinlich, daß sich die Lohnsteigerungen in der Industrie in nächster Zeit wieder beschleunigen. Eher ist damit zu rechnen, daß die bisher noch recht hohe Lohnexpansion im tertiären Bereich nachlassen wird. Die weitere tarifliche Lohnentwicklung wird insbesondere durch die zunächst heftig umstrittenen Vereinbarungen im Metall-Bereich und im Baugewerbe bestimmt. Hierbei haben die Vorschläge des Sachverständigenrats — allerdings nicht mehr zur „rechten Zeit“ — Pate gestanden.

Die Nachfrage nach weiteren Arbeitskräften wird allem Anschein nach weiter abflauen. Die Steigerung der individuellen Einkommen hat sich — auch gegenüber dem vierten Quartal 1965 — nochmals deutlich abgeschwächt. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme ist daher im ersten Quartal 1966 um etwa 8,5 bis 9 vH gestiegen.

Der nächste Wochenbericht erscheint als Doppelnummer am Mittwoch, dem 13. April 1966

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hüb, Dr. Gerhard Kade, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,-, halbjährlich DM 17,-, vierteljährlich DM 9,-

Sonderbeilage zum Wochenbericht Nr. 13 · 1966

Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik²⁾ im 4. Quartal 1965

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Zuwachs gegenüber dem Vorjahresquartal in vH			
	Männer				Frauen				Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000)												
Land- und Forstwirtschaft . . .	311	265	31	15	127	112	7	8	438	- 2,8	- 3,8	- 3,1
Bergbau	454	883	58	18	12	6	6	0	466	- 5,2	.	- 5,1
Energiewirtschaft	181	117	58	6	22	6	16	0	203	1,7	.	1,5
Grundstoff- und Produktions- güter-Industrie ³⁾	1 518	1 196	281	41	321	193	117	11	1 839	0,8	1,3	0,9
Investitionsgüter-Industrie	2 774	1 995	593	186	904	620	259	25	3 678	2,7	2,3	2,6
Verbrauchsgüter-Industrie	1 001	774	190	37	1 238	1 075	126	37	2 239	1,6	1,3	1,4
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	332	236	89	7	233	183	46	4	565	0,6	± 0,0	0,4
Industrie, gesamt	6 260	4 701	1 269	290	2 730	2 083	570	77	8 990	1,3	1,5	1,4
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	893	642	71	180	295	143	92	60	1 188	1,1	0,7	1,0
Baugewerbe	2 024	1 762	122	140	73	14	51	8	2 097	0,5	1,4	0,6
Produzierendes Gewerbe	9 177	7 105	1 462	610	3 098	2 240	713	145	12 275	1,1	1,4	1,2
Handel	1 153	443	566	144	1 434	251	909	274	2 587	1,1	1,8	1,5
Verkehr	1 247	633	559	55	202	69	128	5	1 449	0,3	1,0	0,4
Handel und Verkehr	2 400	1 076	1 125	199	1 636	320	1 037	279	4 036	0,7	1,7	1,1
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	1 969	337	1 587	45	663	131	512	20	2 632	2,5	2,2	2,4
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	257	11	217	29	220	16	183	21	477	1,6	1,4	1,5
Gaststättenwesen	112	70	32	20	280	209	61	10	392	1,8	1,8	1,8
Häusliche Dienste	1	—	1	—	383	284	88	11	384	.	- 2,8	- 2,8
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	78	57	14	7	291	220	26	45	369	.	1,4	1,1
Sonstige Dienstleistungen	376	73	287	16	539	95	421	23	915	1,9	1,3	1,6
Dienstleistungen, gesamt	2 793	548	2 138	107	2 376	955	1 291	130	5 169	2,2	0,9	1,6
Insgesamt	14 681	8 994	4 756	931	7 237	3 627	3 048	562	21 918	1,2	1,2	1,2
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM)												
Land- und Forstwirtschaft . . .	643	524	110	9	179	159	15	5	822	8,1	7,8	8,0
Bergbau	1 403	1 110	286	7	29	13	16	0	1 432	5,7	.	5,8
Energiewirtschaft	561	341	216	4	55	12	43	0	616	12,0	7,8	11,6
Grundstoff- und Produktions- güter-Industrie ³⁾	4 752	3 369	1 358	25	682	351	325	6	5 434	7,5	8,6	7,6
Investitionsgüter-Industrie	7 824	5 260	2 474	90	1 721	1 042	667	12	9 545	10,5	10,3	10,4
Verbrauchsgüter-Industrie	2 599	1 823	756	20	2 010	1 675	317	18	4 609	11,3	11,4	11,3
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	1 006	625	377	4	407	284	121	2	1 413	9,7	9,4	9,6
Industrie, gesamt	18 145	12 528	5 467	150	4 904	3 377	1 459	38	23 049	9,4	10,4	9,6
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	1 872	1 563	219	90	389	222	138	29	2 261	9,5	9,3	9,4
Baugewerbe	5 222	4 586	561	75	156	28	124	4	5 378	4,4	9,1	4,5
Produzierendes Gewerbe	25 239	18 677	6 247	315	5 449	3 627	1 751	71	30 688	8,3	10,3	8,7
Handel	2 937	1 003	1 867	67	2 310	411	1 776	123	5 247	10,1	11,2	10,6
Verkehr	3 308	1 531	1 748	29	453	133	318	2	3 761	7,9	8,9	8,0
Handel und Verkehr	6 245	2 534	3 615	96	2 763	544	2 094	125	9 008	8,9	10,8	9,5
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	6 933	921	5 985	27	1 811	233	1 566	12	8 744	14,6	14,7	14,6
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	775	27	730	18	464	27	425	12	1 239	8,7	8,2	8,5
Gaststättenwesen	290	171	113	6	458	333	120	5	748	11,5	11,4	11,5
Häusliche Dienste	2	—	2	—	555	385	164	6	557	.	6,9	6,9
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	173	121	48	4	407	330	55	22	580	10,2	11,2	10,9
Sonstige Dienstleistungen	1 189	177	1 003	9	988	154	822	12	2 177	10,1	9,9	10,0
Dienstleistungen, gesamt	9 362	1 417	7 881	64	4 683	1 462	3 152	69	14 045	13,3	11,4	12,7
Insgesamt	41 489	23 152	17 853	484	13 074	5 792	7 012	270	54 563	9,5	10,8	9,8
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft . . .	689	659	1 183	200	470	473	714	203	626	11,2	12,0	11,5
Bergbau	1 090	966	1 644	179	806	722	889	.	1 024	11,6	11,5	11,5
Energiewirtschaft	1 033	972	1 241	222	833	667	896	.	1 011	10,1	7,9	9,9
Grundstoff- und Produktions- güter-Industrie ³⁾	1 043	939	1 611	203	708	606	926	182	985	6,6	7,3	6,7
Investitionsgüter-Industrie	940	879	1 391	161	635	560	858	160	865	7,5	7,9	7,6
Verbrauchsgüter-Industrie	865	785	1 326	180	541	519	839	162	686	9,4	10,0	9,8
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	1 010	883	1 412	190	582	517	877	167	834	9,0	9,4	9,2
Industrie, gesamt	966	888	1 436	172	599	540	871	165	855	8,0	8,8	8,1
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	699	812	1 028	167	440	517	500	161	634	8,2	8,6	8,3
Baugewerbe	860	868	1 533	179	712	667	810	167	855	3,8	7,6	3,9
Produzierendes Gewerbe	917	876	1 424	172	586	540	819	163	833	7,1	8,8	7,4
Handel	849	755	1 100	155	537	546	651	150	676	8,9	9,3	9,0
Verkehr	884	806	1 042	176	748	643	828	133	865	7,5	7,8	7,6
Handel und Verkehr	867	785	1 071	161	563	567	673	149	744	8,1	9,0	8,3
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	1 174	911	1 257	200	911	593	1 020	200	1 107	11,8	12,3	11,9
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	1 005	818	1 121	207	703	563	774	190	866	7,0	6,7	6,9
Gaststättenwesen	863	814	1 177	200	545	531	656	167	636	9,5	9,4	9,5
Häusliche Dienste	667	—	667	—	483	452	621	182	484	.	10,0	10,0
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	739	708	1 143	190	466	500	705	163	524	10,2	9,7	9,7
Sonstige Dienstleistungen	1 054	808	1 165	188	611	540	651	174	793	8,0	8,5	8,3
Dienstleistungen, gesamt	1 117	862	1 229	199	657	510	814	177	906	10,8	10,4	10,9
Insgesamt	942	858	1 251	173	602	532	767	160	830	8,2	9,4	8,5

1) Einschl. Heimarbeiter. — 2) Einschl. Berlin (West) und Saarland. — 3) Einschl. Industrie der Steine und Erden. — 4) Einschl. Soldaten. — 5) Photographisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure.

